

Nein!

Nein zum Bildungssparen, nein zur Tatenlosigkeit der Gewerkschaft, nein zum lahmen Hinnehmen durch LehrerInnen.

Geschätzte Lehrerinnen und Lehrer!

Wie ihr bemerkt habt, hat die Unterrichtsministerin unsere ihr geschriebene Antrittsrede (Kreidekreis 9/2013) nicht nur nicht gehalten, sondern durch ihr Verhalten gezeigt, dass sie das Gegenteil will. Gegen Ende dieser Rede hätte sie sagen können: "... und lade Sie ein, gemeinsam unser Bildungssystem zu optimieren. Sie sollen es mit nicht weniger Freude tun können als Ihre finnischen KollegInnen. Sollte ich die dafür notwendigen Ressourcen nicht erhalten, werde ich mit Ihrer **Hilfe und mit Eltern und SchülerInnen unverzüglich Maßnahmen setzen**, die meinen RegierungskollegInnen und den Abgeordneten **klar machen, dass es zum notwendigen Bildungsbudget keine zukunftsfähige Alternative gibt.**"

Stattdessen ist nun ein neues dauerhaftes Bildungssparpaket angekündigt. Zunächst hatte am Do., 10.4., die BMHS-Gewerkschaft in einer Aussendung von 115 einzusparenden Bildungsmillionen gesprochen – nachdem Ministerial- und LSR-MitarbeiterInnen vor DirektorInnen u.a. von 250-300 Mill. gesprochen hatten. Am Fr., 11.4., ging dann BM Heinisch-Hosek in die Offensive und verkündete, dass sie den Finanzminister für 2014 von 68 auf 57 Mill. einzusparendes Bildungseuro heruntergehandelt habe, ab 2015 seien es dann dauerhaft 60 Mill. – als Mathematiker sehe ich dann für die Legislaturperiode tatsächlich die kolportierten 300 Millionen verschwinden.

Dass das die **Bankrotterklärung des Bildungswesens** sei, haben die 5 LehrerInnengewerkschaftsvorsitzenden am selben Tag erklärt. **ABER warum haben Sie nicht sofort klar und unmissverständlich zu Kampfmaßnahmen aufgerufen?** Noch dazu wo diese doch schon vor Monaten von der Gewerkschaftsspitze für den Notfall beschlossen wurden.

Und dieser Notfall liegt klar vor:

Nachdem schon das neue Dienstrecht künftigen SchülerInnen (an AHS/ BMHS) ca 15% der LehrerInnen wegnimmt, indem letztere künftig um so viel mehr unterrichten müssen und damit für jede/n einzelne/n Schüler/in um ein Siebtel weniger Zeit haben, wird nun den jungen Menschen ab 14/15 (auf Dauer! Diese angedrohten Änderungen werden nicht befristet!) auch wieder zugemutet in noch größerer Zahl in Klassen/Labors/Werkstätten zu sitzen/stehten.

Die erste Maßnahme muss lauten: Keine Administration und keine Direktion an einer Schule setzt in vorausseilendem Gehorsam Maßnahmen um! **Im Einvernehmen** mit Personalvertretungen (PVG § 9) **auf Basis der im März gültigen Gesetzeslage** (Klassengröße, Teilungen, Freigegegenstände) **von Schulleitungen erstellte provisorische Lehrerfächerverteilungen (pLFV) sind gültig und bleiben gem. PVG gültig, solange nicht einvernehmlich eine neue Einteilung erstellt ist.** Und gemäß dem Ergebnis eines sogenannten Paragraf-10-Verfahrens hat das (damalige) BMUKK erklärt, dass diese pLFV auch im Herbst umzusetzen sind.

Wenn von uns LehrerInnen erwartet wird, dass wir uns an Bestimmungen halten, dann erst recht von LSR/BMBF (so heißt das Bildungsministerium nun). Und von der Gewerkschaft erwarten wir uns kräftige Unterstützung dabei.

Erstaunt hat mich dann am Sa., 12.4., die **Standard-Journalistin Lisa Nimmervoll**, deren **Artikel wir auf Seite 2** abdrucken dürfen. DANKE. Nachdem Ende 2013 sogar das profil ins LehrerInnenbashing eingestimmt hatte und 2 JournalistInnen am öö. BundeslehrerInnentag (19.3.) dieses in beleidigender Weise fortgesetzt haben (von den anfangs 350 BesucherInnen waren während der Diskussion fast 2/3 mit Unmutsäußerungen aufgestanden und hinausgegangen!), ist es eine Wohltat zu lesen, dass auch Jour-

nalistInnen das Wohl der Bildung, der SchülerInnen, Eltern und der LehrerInnen ein Anliegen ist.

In diesem Kreidekreis findet ihr **S. 7-11** nur 3 der für diese Nummer geplanten Artikel – die aber eh auch zur aktuellen Entwicklung passen: **Burnoutgefahr** (S.7), **NMS** (S.11) und ein **Vergleich** mit der Situation von LehrerInnen in einem Land, in dem – wie es vor mehr als 10 Jahren eine dortige Ministerin bei einem Vortrag in Linz sagte – **"auch der Finanzminister weiß, wie wichtig Bildung ist"**, und in dem Wertschätzung wie im umseitigen Artikel selbstverständlich ist.

Seite 3-6 findet ihr einerseits die am 11.3. **angedrohten Sparmaßnahmen**, unsere ots dazu (S. 3) und Auszüge aus **LeserInnenbriefen**, andererseits einen kurzen **Tipp, welches Dienstrecht die ab Sept. 2014** neu einsteigenden LehrerInnen aus finanziellen und Arbeitszeitgründen jeweils wählen sollten (S. 4).

Apropos wählen:

Am 26.-27.11.2014 kann nur dort **ÖLIUG gewählt** werden, wo sich jemand **kandidieren** traut und wo sich genug LehrerInnen die Kandidatur unterstützen trauen. Kein Scherz: Zuletzt trauten sich in NÖ und B nicht genug APS-LehrerInnen dafür unterschreiben.

Wer nicht haben will, dass wie vor 5 Jahren nach dem Sparpaket im Frühjahr dann im Herbst der Vizekanzler in die GÖD zum Wahlsiegefeiern mit der FCG kommt und Zeitungen/Radio/Fernsehen melden, dass die ÖVP die PV-Wahlen mit absoluter Mehrheit gewonnen und auch die SP-Listen gut abgeschnitten haben, muss **jetzt aktiv werden**: Die KollegInnen aufmerksam machen, dass FCG und FSG ihren Einfluss bei den Regierungsparteien verloren haben und dass wir **Unabhängige in PV und Gewerkschaft** brauchen und daher die UG-Listen unterstützen, mit diesen kandidieren und sie wählen müssen.

J. Gary Fuchsbauer, ÖLIUG-Koordinator

Bildungsblinde Schraubenfabrik

von Lisa Nimmervoll

Abdruck mit freundlicher Genehmigung v. <http://derstandard.at/1395365032402/Bildungsblinde-Schraubenfabrik>

Wer ins Herz der Schule, den Unterricht, schneidet, begeht staatlichen Zukunftsraub

Österreich muss sparen. Für die Hypo. Wegen der Hypo. Und überhaupt. Für die heilige Zahl, um die die Regierung im Namen der Zukunft – und doch zukunftsvergessen – kreist: die Null. Ein (strukturelles) Nulldefizit wär' doch was zum Herzeigen! Meint Finanzminister Michael Spindelegger (ÖVP). Also Rotstift her und Budgets der Ministerien gehörig zusammenstreichen.

Da beginnt das wahre Drama. Die Belieblichkeit, mit der dieses Spardiktat verordnet wird, ist atemberaubend. Nicht genug damit, wie respektlos mit der Wissenschaftscommunity umgegangen wurde und wird. Für die Forschung gab es eine recht übellaunige, bis jetzt aber auch nur rhetorische Finanzzusage ohne konkrete Zahlen, und die darbenenden Universitäten hängen überhaupt komplett in der Luft. Das ist inakzeptabel, eine Schande.

Aber es fügt sich ins Bild. Es zeigt sich eine Systematik zunehmend autoritärer Geistfeindlichkeit und Bildungsabwehr. Denn das, was – ausgerechnet! – den Schulen zugemutet wird, ist nicht weniger als eine gefährliche Zerstörungsstrategie. Verordnete Verblödung. Vorsätzlicher Chancenzug. Staatlicher Zukunftsraub. Alles, was von Unterrichtsministerin Gabriele Heinisch-Hosek (SPÖ) nun

recht lapidar verlautbart wurde, nimmt vielen Schülerkohorten jede Chance, einigermaßen unbeschadet durch die Schule zu kommen, geschweige denn, sie möglichst erfolgreich zu absolvieren. Im zweitreichsten Land der EU wird das Schulsystem willentlich auf einen Minimalstandard heruntergefahren. Und niemand in der Regierung schreit auf?

Wer in aller Welt glaubt denn ernsthaft, dass man in einer Oberstufenklasse mit 36 Pubertierenden guten Unterricht machen kann? Gerade in diesem sensiblen Alter kommt der besonders schwierige Übergang in eine für viele – so sie nicht gerade von einer AHS-Unterstufe in die dann nicht ganz so fremde Oberstufe wechseln – komplett neue Schulform. Das setzt bei Schülern und Lehrern enorme Transformationskräfte voraus, die mit jedem Schüler mehr in der Klasse an und über die Grenzen des Machbaren gehen. Die Folgen sind absehbar: So etwas produziert Schulabbrecher.

Tolle Idee. Das unterläuft alle Ideale von Bildung und Schule so dermaßen, dass man es kaum glauben mag.

Schon die Diktion ist verräterisch und zeigt, im günstigsten Fall, eine Ahnung vom bösen Potenzial, das dieses Schulsparpaket hat. Die Ministerin sprach beschönigend davon, da "ein bisschen schrauben" zu wollen und dort "ein bisschen zu drehen" – aber am Ende ist die ganze Maschinerie namens Schule kaputt. Sie muss Spindeleggers budgetäre Zumutung exekutieren. Muss sie?

bisweilen überfordert, ... und einfache Antworten funktionieren da halt gar nicht. Dieses Buch bezieht ganz klar Position und weist schlüssig nach, dass BILDUNG der Schlüssel für ein gutes Miteinander ist. Dies wird besonders im Kapitel Seite 87-97 herausgearbeitet, zieht sich aber im Prinzip wie ein roter Faden durchs Buch.

Es geht aber auch um Gewalt in der Familie, Erziehung, Liebe, Aids, Selbstmord, Vorurteile, religiösen Fanatismus, SozialhelferInnen, Lebensberatung, Therapie. Und es ist ein Roman. Und es sind wahre Begebenheiten verarbeitet.

Ich hab das Buch in einem Zug verschlungen und besonders genossen, wie Verständnis für unterschiedliche Kulturen und Religionen und Denkweisen geweckt wird. Zwei Welten prallen aufeinander: Aber es zeigt sich auch, dass der Kampf der Kulturen nicht zwischen, sondern innerhalb der jeweiligen Systeme stattfindet.

Impr.: ÖLI-UG, Österreichische LehrerInnen Initiative – Unabhängige GewerkschafterInnen für mehr Demokratie, a@oeli-ug.at, 0680 2124358, 4643 Pflasterw.7. Redaktion: Josef Gary Fuchsbauer (verantwort.) u. die ArtikelautorInnen. **Kreidekreis**=ÖLI-UG-Informations-/Diskussionsorgan. Wir finanzieren uns nur durch unsere LeserInnen: ÖLI-Konto: PSK (60000) 78420320, IBAN: AT526000000078420320, BIC: OPSKATWW.

Kontaktaufnahme mit ÖLI:

Du hast Fragen zum Dienstrecht, zu deinem Vertrag, zu Vorgängen in der Schule, zu Personalvertretung oder Gewerkschaft? Du möchtest Anregungen geben, was die LehrerInnenvertretungen auf Landes-/Bundesebene aufgreifen sollen? Oder willst selbst in parteiunabhängiger LehrerInnen-Berufsgemeinschaft aktiv werden? Nimm Kontakt mit uns auf. ÖLI-MandatarInnen und Kontaktpersonen findest du auf oeliug.jimdo.com/oeli-team/vorstand/ bzw. in „Länderorganisationen“. Am 26.-27.11.2014 kann nur dort **ÖLI-UG gewählt** werden, wo sich jemand **kandidieren** traut. Wenn du öfter per Mail von uns informiert werden willst, schreib uns: a@oeli-ug.at.

Nein. Müsste sie nicht, wenn irgendjemand in dieser Regierung auf die Idee käme, dass das der falscheste Ort ist, um ein Budget zu sanieren. Wenn die Unterrichtsministerin tatsächlich gezwungen wird, tief ins Herz der Schule – den Unterricht, die Beziehung zwischen Lehrern und Schülern – hineinzuschneiden, dann schneidet das ins eigene Fleisch.

Am Ende mag vielleicht das Budget wieder in Form sein. Aber die gut ausgebildeten Menschen, die wir als Gesellschaft, als Volkswirtschaft und als Demokratie brauchen, die werden dann Mangelware sein, wenn die Schulen noch mehr ruiniert werden.

Es wäre das Werk bildungsblinder Machttechniker und Regierungsbuchhalter im Zeichen der Null, die ihren Politikerjob mit der Leitung einer Schraubenfabrik verwechselt haben. (Lisa Nimmervoll, DER STANDARD, 12.4.2014)

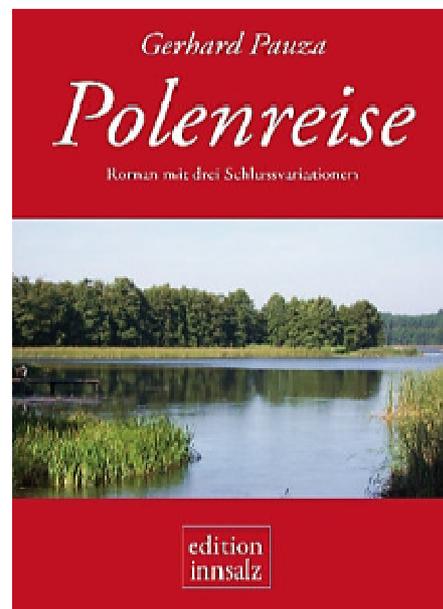
Buchempfehlung

von fuchsbauer@oeli-ug.at

Polenreise. Roman mit drei Schlussvariationen

2013, 1. Aufl., 208 Seiten, Edition Innsalz
ISBN-10: 3902616881, ISBN-13: 9783902616883
www.weltbild.at/3/18362218-1/buch/polenreise.html

Assoziiert du mit Polen auch Ausländer und Konservativkatholizismus? Und mit Kurden Familiensinn und Aleviten? Darum geht es in diesem Buch auch. Aber eigentlich ist es ein Roman, der die mögliche Geschichte hinter dem Zeitungsartikel auf der letzten Seite erzählt. Wie kaum eine Berufsgruppe sind wir LehrerInnen tagtäglich mit der "Ausländerfrage", SchülerInnen mit Migrationshintergrund, Alltagsrassismus, etc. konfrontiert. Manchmal sehr gefordert, ...



Gemeinsam gegen das Bildungssparen

Presseaussendung ÖLI-UG, 11.4.2014



Kein Bildungsabbau durch Verschlechterung gesetzlicher Vorgaben für Klassen- und Lerngruppengrößen

Wien (OTS) – Die Finanzmärkte sind sensibel, die Banken wollen nicht für die Hypo-Milliarden einstehen, die Reichen und die Spekulanten wollen keine vermögensbezogenen Steuern, die ÖVP will das auch nicht. LehrerInnen und öffentlich Bedienstete haben Nullbock auf Banken- und Budgettretung auf ihre Kosten und auf Kosten der Bildung und der öffentlichen Dienste und der ausgegliederten Betriebe.

LehrerInnen, Eltern und SchülerInnen haben Nullbock auf die von der Bildungsministerin angekündigten größeren Klassen und Lerngruppen und auf Kürzungen beim Teamteaching und beim Bildungsangebot der Freifächer und Übungen.

Die von Mitarbeitern des Ministeriums, von Landesschulräten und Gewerkschaftsfunktionären kolportierten Einsparungen von 250 – 300 Millionen, das Aussetzen der Vorbereitungsarbeiten für die Planung des kommenden Schuljahres bis auf den Tag nach der Budgetrede des Finanzministers belasten nicht nur die Arbeit an den Lehrfächerverteilungen für das kommende Schuljahr, sondern auch die laufende Arbeit in Klassen und Konferenzräumen. Verschlechterungen der Lernbedingungen der SchülerInnen und weitere Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen, der Weiterbeschäftigungschancen von JunglehrerInnen und der Einkommen der PädagogInnen sind für alle Betroffenen unannehmbar. Soziale und demokratische Bildungsreformen schauen anders aus.

Die Klarstellung der Bildungsministerin, dass sie die Sparvorgabe des Finanzministers von 68 auf 57 Millionen heruntergehandelt habe, hat die Spekulationen beendet und das tatsächliche Ausmaß der Einsparungen im Schulbereich sichtbar gemacht: Bei Verwaltung (weniger BM-Inserate, aber auch weniger Förderungen, weniger Überstundenzahlungen und Fortsetzung des Aufnahmestopps in der Verwaltung) und Unterrichtsqualität (Teilungszahlen, Gruppengrößen und NMS-Fördermaßnahmen) soll sich "ein bisschen etwas ändern". Bei den LehrerInnengehältern will die Ministerin – wie beim Verwaltungs-

personal – "bei den Überstunden ein bisschen schrauben". Einsparungen durch Schließungen von Kleinschulen im Pflichtschulbereich sind weiterhin nicht vom Tisch, aber Sache der Länder und der Landeshauptleute. (Ö1-Morgenjournal 11.4.2014)

Zwt.: Unabhängige GewerkschafterInnen fordern gewerkschaftliche Aktionen für eine zukunftsorientierte Budgetpolitik

Die Morgenjournal-Einladung der SPÖ-Ministerin an die fünf LehrerInnengewerkschaften, sich mit ihr gemeinsam anzuschauen, wie man die Sparvorgaben des ÖVP-Finanzministers umsetzen kann, hat die ARGE der GÖD-LehrerInnengewerkschaften nicht aufgegriffen: "Sparen bei Banken, nicht bei Bildung!" (ots0012 11. Apr. 2014). Wie die ÖLI-UG hat auch der Vorsitzende der APS- und ARGE-LehrerInnen, Paul Kimberger, "keinerlei Verständnis dafür, dass Pleitebanken und Spekulanten auf Kosten der Zukunft unserer Kinder saniert werden".

Zwt.: Zeit bis zur Budgetrede des Finanzministers nützen – für eine soziale, zukunftsorientierte Budgetpolitik

Den Unabhängigen GewerkschafterInnen in der GÖD ist diese Ablehnung nicht genug. Sie fordern Bundeskanzler und Finanzminister auf, die Tage bis zur Budgetrede am 29. April für die Ausarbeitung einnahmenseitiger Steuermaßnahmen zu nützen und damit die Einsparungspläne der Ministerien obsolet zu machen. Von den LehrerInnengewerkschaften und der GÖD erwarten wir, dass sie nicht die "Bankrotterklärung der österreichischen Bildungspolitik" beklagen, sondern gemeinsam mit den betroffenen LehrerInnen und den als Eltern vom Bildungssparen betroffenen ArbeitnehmerInnen in ÖGB und AK gewerkschaftliche Maßnahmen zur Ausweitung des Bildungsbudgets setzen – für Bankenabgaben, Vermögenssteuern und soziale Umverteilung durch eine soziale Budgetpolitik.

Beate Neunteufel-Zechner UGÖD. Josef Fuchsbauer BMHS, Barbara Gessmann-Wetzinger APS, Wilfried Mayr APS, Reinhart Sellner AHS (ÖLI-UG-VertreterInnen in der ARGE LehrerInnen)

An
Bundeskanzler Werner Faymann
Vizekanzler Michael Spindelegger

14.4.2014

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler!
Sehr geehrter Herr Vizekanzler und Finanzminister!

Die Unabhängigen GewerkschafterInnen in der GÖD nehmen aus Anlass der bekanntgewordenen Kürzungen im Bildungsbereich zu den für das kommende Budget geplanten fortgesetzten Einsparungen im öffentlichen Dienst, den ausgegliederten Betrieben und insbesondere im Bildungswesen wie folgt Stellung:

Die öffentlich Bediensteten haben in den letzten Jahren durch die von wechselnden Regierungen verordneten Ausgliederungen, Personaleinsparungen (Aufnahmestopp und Nicht-Nachbesetzung), durch Nulllohnrunder und Gehaltsabschlüsse unter der Inflationsrate, durch unbezahlte Zusatzleistungen und mit immer mehr prekär Beschäftigten für die Finanz- und Bankenkrise zahlen müssen.

Bezahlen müssen alle ÖsterreicherInnen, insbesondere die Kinder und Jugendlichen, wenn dieser Abbau im Bildungs-, Sozial-, Justiz- und Verwaltungsbereich fortgesetzt wird, damit zusätzliche Hypomilliarden an Gläubigerbanken überwiesen und SpekulantInnen ihre Gewinne gewährleistet werden können.

Die Unabhängigen GewerkschafterInnen in der GÖD fordern Sie auf, die Zeit bis zur Budgetrede am 29.4.2014 für eine sozial verträgliche Budgetplanung zu nützen, für einnahmenseitige Konsolidierung über vermögensbezogene Steuern – entsprechend den fundiert ausgearbeiteten Vorschlägen von ÖGB und AK. Entwickeln Sie dem Gemeinwohl verpflichtete Alternativen zu den unsozialen und bildungsfeindlichen Sparauflagen und verwirklichen Sie sichtbar die politisch notwendige Umverteilung für Kinder und Frauen.

Glück auf, in Erwartung Ihrer Antwort und mehr noch einer zukunftsorientierten Budgetgestaltung!

Beate Neunteufel-Zechner, Reinhart Sellner
UGöD-Vorsitzteam

Rückfragehinweis:

beate.neunteufel-zechner@onb.ac.at und
reinhart.sellner@gmx.at

cc. ÖGB, GÖD, GDGkmsfb, AK, Regierungsmitglieder, Parlamentsklubs, APA

Aus oe1.orf.at/artikel/371980 u.a.:

Angebliche Bildungsmaßnahmen

BMBF muss heuer 57, in den Folgejahren **60 Mill. € dauerhaft einsparen**

NMS: Weniger ZweitlehrerInnen: nur in **4 statt 6** Wochenstunden.

Keine Teilungen mehr in 9. Schulstufe **ab 31** Schül. in D, E, Math., etc.

Anhebung der **HTL-Teilungszahlen** in Werkstätten/Labors von 8 auf 10 [Anm.: es gilt aber derzeit oft 6+2-1].

Anhebung Teilungszahlen **Informatik von 13 auf 25**. Reduzierungen bei Teilungen in den Nebenfächern in BAKiP/Schulen f. Sozialpädagogik

Weniger Überstunden f. LehrerInnen
BM Heinisch-Hosek: Im Ausmaß, wie es sich die Gewerkschaft erwartet, werde es demnächst sicher **kein Unterstützungspersonal** geben.

In der 1.-8. Schulstufe bleiben 25 Schül. pro Klasse +20% (= bis 30).

Schulschließungen seien Ländersache
Weiters angedroht lt. BMHS-Gew.: Erste Klassen nur ab 25 SchülerInnen
Streichung der QIBB-Abgeltungen
Kürzung UT8 (Seminarreisekosten, ...) Verringerung v. Werteinheitenmaßnahmen. ABER: nix auf bmbf.gv.at (14.4.)

Lehrperson oder LehrerIn ab 2014/15

LehrerInnen, die nach 31.8.2014 und vor 1.9.2015 erstmals einen Vertrag als Landes- oder BundeslehrerIn haben, können für die Zeit ab 1.9.2015 zwischen altem und neuem Dienstrecht wählen.

(Wer vor 1.9.14 schon irgendwann einen II-L- oder I-L-Vertrag hatte, muss im alten Dienstrecht sein, wer ab 1.9.19 erstmals einen hat, muss im neuen sein.)

Wir haben als Entscheidungshilfe die Bezahlung pro Unterrichtswochenstunde (bzw. A+BHS: WE) im Lebensdurchschnitt unter folgender Annahme verglichen: Pflichtschulende mit 15, dann weitere Ausbildung, Unterrichtsbeginn mit 23 (Bachelor, außer FachpraktikerIn u. BS-Sondervertrag), also ohne "Laufbahnverlust", daher alle Jahre angerechnet, Unterricht bis 65. Im alten Dienstrecht volle Lehrverpflichtung ohne Zulagen (wie KV, Kustos), im neuen Dienstrecht sind die 2 pro Woche zu erbringen Zusatzstunden wie 1 Unterrichtsstunde eingerechnet.

Altes Dienstrecht (Zulagen unberücksichtigt):

L1, 3858 € im Schnitt, 20 WE, **44,9** € pro WE

L2a2, 3496 €, 21 Stunden, **38,7** € pro Std.

L2a2, 3496 €, 22 Stunden, **37,0** € pro Std.

L2a2, 3496 €, 23 Stunden, **35,3** € pro Std.

FachpraktikerIn: Einstieg mit 30, 4 Jahre L2b1, dann nach PH-Abschluss L2a2:

3722 € im Schnitt, 22 Std, **39,3** € pro Std.

Berufsschulsondervertrag: Einstieg mit 35, je 5 Jahre in Stufe 1 und 2, danach Stufe 3: 3429 € im Schnitt, 22 Std, **36,3** € pro Std.

Neues Dienstrecht, alle im Schema pd: **ohne Fächerzulage**, 3616 €, 22+2 Std ergeben umgerechnet **36,6** € pro Stunde.

NMS 11 Std ohne, 11 Std mit 24,5 € Fächerzulage, 3886 €, 22+2 Std, **39,3** €/Std.

FachpraktikerIn/BS-LehrerIn, Einstieg mit 30: 3820 € ohne Zulage, 22+2, **38,6** €/Std.

Einstieg mit 35: 3961 €, 22+2, **40,0** €/Std.

LVG III in Sek2, 12,2 € Fächerzulage, 3885 €, 22+2 Std, **37,5** € pro umgerechneter WE.

LVG II Sek1 (24,5 €), 4177 €, 22+2, **38,4** €.

LVG I Sek1 (24,5 €), 4177 €, 22+2, **36,4** €.

LVG II Sek2 (30,6 €), 4228 €, 20+2, **42,6** €.

LVG I Sek2 (30,6 €), 4228 €, 20+2, **40,4** €.

Schlussfolgerung:

VS: **37,0 – 36,6** und Wegfall v. Zulagen.

NMS: **38,7 – 39,3**, aber Wegfall v. Zulagen.

L1: **44,9 – 36,4 bis 42,6** u. KV-Zulage etc weg.

BS-Sondervertrag: **36,3 – 40,0**, Gewinner!

FachpraktikerIn: **39,3 – 38,6**, allerdings nur,

wenn im alten Dienstrecht Vordienstzeiten angerechnet werden (sonst neues besser).

LeserInnenbriefe zu Sparmaßnahmen

Wo bleibt die Achtung der Ministerin den Menschen gegenüber? "Keine Angst, es wird keine Schule geschlossen werden, die Kinder werden ihre Lehrerinnen und Lehrer nach wie vor haben. Wir DREHEN NUR EIN BISSCHEN an TEILUNGSAHLEN, und in der Neuen Mittelschule wird sich AUCH EIN BISSCHEN ETWAS ÄNDERN."

Diese Wortwahl ist einer Ministerin unwürdig!! Und für SchülerInnen, Eltern und LehrerInnen eine Zumutung. Wir sind doch keine Maschinen an denen man herumdrehen kann!

Die Eltern und Erziehungsberechtigten müssen aktiviert werden. Leider kommen solche Meldungen immer in der unterrichtsfreien Zeit, da kann man die Menschen zwar verunsichern aber nicht aktivieren. So wird die NMS abgeschafft, bevor diese eine CHANCE hatte EINE GUTE Schule für unsere Kinder zu werden (schreibt eine NMS-Direktorin).

Keine Teilungen in 9. Schulstufe (1. Jahrgänge der berufsbildenden Schulen) wäre eine gewaltige Stundenreduktion (und damit wohl auch Personalreduktion), sondern auch ein massiver Qualitätsverlust!

Von Ministerin Schmied wurde großmundig angekündigt: kleinere Klassen, mehr Betreuung durch 2 LehrerInnen in den Klassen, mehr Zeit, um auf einzelne SchülerInnen einzugehen.

Jetzt scheint eine Bank (Hypo=Budget-

loch) alles zu verändern?

Von allen Seiten kommen Gerüchte, die derart massive Auswirkungen haben würden, dass da wohl Gewerkschaft und LehrerInnen die Pflicht hätten, auf die Barrikaden zu steigen!

Die Folgen eines korrupten Bankwesens (unterstützt von einer korrupten(?) Regierung) dürfen doch wohl nicht auf Kosten des Gutes gehen, das noch nicht abgewertet, verzoxt oder sonst wie verschwinden kann: Nämlich der Bildung!! Das ist doch wohl das Einzige noch Wertbeständige in unserer Gesellschaft und das will man den Menschen auch noch rauben??

Aber es scheint tatsächlich so zu sein, wie ich schon länger vermutet habe: Eine Regierung, die kein Rückgrat hat und alles versucht an der Macht zu bleiben, braucht ein Volk ohne Bildung – und sie sind am besten Weg dazu!! (ein HLW-Lehrer)

Mein Sparvorschlag: SPAREN WIR DIESE REGIERUNG EIN! (ein BS-Lehrer)

Warum sparen wir nicht alle Bezirks- u. Landesschulräte ein? (HLW-Lehrerin)

Auch in Zusammenhang mit den neuen Sparplänen: Wann geht es denn endlich los mit Protestmaßnahmen (bis hin zum Streik) gegen das sog. neue Lehrerdienstrecht? Man hört nichts mehr, ist die Sache eingeschlafen oder passiert noch was gegen die Arbeitszeiterhöhung bei gleichzeitiger Gehaltsreduktion? (ein HAK-Lehrer)

Ich schätze euren Einsatz im Kampf gegen den Ausverkauf im Bildungsbereich und die Versorgung mit aktuellen Informationen. Aber ich verstehe nicht, warum man jetzt nicht eine gemeinsame, massive Front in Form von Großdemos, Streiks etc. auffährt, um diesem Wahn ein Ende zu bereiten. Ich glaube, dass diesmal auch das Verständnis der Eltern gegeben wäre, denn es geht – bedingt durch die Kürzungen – um eine starke Beeinträchtigung der Unterrichtsqualität ihrer Kinder (eigentlich sogar wieder mal um glatte Lügen betreffend neue Mittelschule) und damit einhergehend eine Senkung der Chancen auf einen angemessenen Arbeitsplatz im Berufsleben. Wenn Spekulation und Bankenpleiten auf Kosten der Bildung gehen und das Schule macht, na dann gute Nacht! In Staaten, wo die Menschen in ihrem Bewegungsspielraum im Vergleich zu unserer hochentwickelten(?) westlichen Welt sehr eingeschränkt sind, war es möglich (im Rahmen der Revolutionsbewegungen) innerhalb von 3 Tagen via Facebook/Twitter/Mail hunderttausend Menschen auf die Straße zu bringen!! Warum geht so was bei uns (im kleineren Stil) nicht?? Die elektronischen Kommunikationsmittel sind gegeben (und nicht zensuriert), um in kurzer Zeit viele Menschen, die sich auch Gedanken machen, zu erreichen! (Natürlich ist der Zeitpunkt vor den Ferien von der Regierung sehr gut gewählt worden.) Wenn jetzt nicht gehandelt wird, wann dann??? (HLW-Lehrer)

Vielleicht wäre es sinnvoll einmal nachzufragen, wie SchülerInnen zu 25. in EDV-Sälen mit 14 NormArbeitsplätzen arbeiten sollen und praktische Leistungskontrollen ablegen sollen! (ein AHS-Lehrer)

Ich habe gehört, dass der LSR keine IIL-LehrerInnen verlängern darf. Das betrifft in der Stm ca. 900 Personen! (ein Lehrer)

Sehr geehrter Herr Vizekanzler!
Die Meldung über die enorme Budgetkürzung im Bildungsbereich hat mich nicht besonders verwundert, aber trotzdem tief betroffen. Gerade die Bildung ist wohl das höchste Gut, das wir unseren Kindern und Jugendlichen auf den Weg geben können. Mit diesen Einsparungen werden Sie Österreich bildungsmäßig zurückwerfen.

Umso mehr wundert es mich nicht mehr, dass Frau Unterrichtsministerin Teilnahme an PISA-Tests verweigert, denn dann kämen wohl schlechte Ergebnisse heraus.

Für eines der reichsten Länder der Erde Bildung so drastisch einzuschränken ist wohl mehr als peinlich. Mit dieser Entscheidung werden wir wohl im Bildungsbereich den anderen Staaten Lichtjahre hinter her sein. (ein BORG-Lehrer)

Nach nun mehr 35 Dienstjahren und zig Reformen im Bildungsbereich kann ich mich als Wahrsagerin zu 100% outen. Vor der Ankündigung der Reform "Neue Mittelschule" mit Sprechern, die durch ihre Fernsehauftritte und Bücher das Konzept gelobt haben, sagte ich in für mich völlig untypischer Weise pessimistisch: "Die ganze Reform wird wieder einmal am Geld scheitern!" Zunächst hat mir keiner geglaubt und mich als Nörglerin hingestellt. Mit der Ankündigung der Frau BM gestern wurden meine Worte nur bestätigt.... Ich habe es leid ständig nur als kleine Nummer, die "eh nichts zu sagen hat" hingestellt zu werden und dieses ewige Lehrerbashing in Österreich miterleben zu müssen. Statt teurer Reformen, die am Geld scheitern und Millionen für das Bifie, das schlampige Arbeit leistet und sich den Lehrern gegenüber als die "Experten" (haben wir derer nicht schon mehr als genug?) aufzupflanzen, sollte einmal etwas gegen diese Hackordnung im System gemacht werden und die Schule aus der Politik rausgenommen werden.

Wie heißt es so schön. "Viele Köche verderben den Brei!" Man könnte auch sagen: "Viele Experten (besonders die selbst Ernannten) haben die Schule verderben." (AHS/NMS-Lehrerin)

heute teilte die vs-dir mit, dass auf der gestrigen leiterInnensitzung von der bsi mitgeteilt wurde, dass in der konferenz jede kollegin begründen wird müssen, warum ihre gewählte fortbildung wich-

tig für den schulstandort ist. Aus mit selbstentscheidenden lehrerInnen! (eine APS-Lehrerin)

Ich schreibe hier nicht in meiner Position als Personalvertreterin, da es aufgrund der bestimmt mit Absicht zeitlich so positionierten Ankündigungen der Kürzungen im Bildungsbereich am letzten Tag der Osterferien nicht mehr möglich war, ein Stimmungsbild des LehrerInnen-Teams einzuholen, sondern als langjährige Englisch-Lehrerin an einer Bildungsanstalt für Kindergartenpädagogik.

Den in den Medien von verschiedenen Seiten geäußerten Kritikpunkten stimme ich völlig zu und bin ebenso der Ansicht, dass Einsparungen im Bildungsbereich, die der Öffentlichkeit in einer so dumm-dreisten Art und Weise, und / oder in Unkenntnis oder absichtlicher Verharmlosung von pädagogischen Grundsätzen und deren Auswirkungen auf das Lernergebnis präsentiert werden, eine unrühmliche Fortsetzung dessen bildet, was sich in letzter Zeit in der österreichischen Bildungslandschaft abspielt.

Als Englisch-Lehrerin bin ich im Besonderen entsetzt über den Plan, die Gruppen im Fremdsprachenunterricht der BMHS bzw. Oberstufenrealgymnasium zu vergrößern und dies, wie es scheint, vielfach um das Doppelte, was besonders in den 1. Jahrgängen – ich verweise auf die oft diskutierte Schnittstellenproblematik – eine für alle Beteiligten unzumutbare Situation darstellt. Wie so ein moderner, kommunikativer Unterricht, in dem alle im Europäischen Referenzrahmen festgeschriebenen und dann entsprechend bei der neuen Zentralmatura geforderten Fertigkeiten geübt und trainiert werden und dabei auf einzelne SchülerInnen eingegangen werden kann, stattfinden soll, ist mir ein Rätsel.

Wie eine sich über längere Zeit bewährte Errungenschaft dem Sparstift zum Opfer fallen kann, ist ungeheuerlich und zeigt einen kaltschnäuzigen Umgang mit den Betroffenen, vor allem mit den SchülerInnen, deren Recht auf einen modernen Fremdsprachenunterricht beschnitten wird. Dabei sind auch Aussagen, wie die von Frau Dr. Koenne in der ZIB 2 vom 11.4. entbehrlich, die als Nicht-Fremdsprachenlehrerin die Konsequenzen der Einschnitte verharmlost, indem sie auf die "richtige Methodenauswahl" hinweist, dabei jedoch Grundprinzipien eines erfolgreichen Fremdspracherwerbs außer Acht lässt.

Von Ihnen als LehrerInnenvertreter würde ich mir wünschen, die Öffentlichkeit sachlich über die katastrophalen Auswirkungen dieser Einsparungsmaßnahmen zu informieren, Eltern und SchülerInnen bzw. deren Vertreter ins Boot zu holen und bei allen zukünftigen

Arbeitgebern der AbsolventInnen der betroffenen Schultypen, die naturgemäß an gut ausgebildeten Fachkräften interessiert sein müssen, Verbündete zu suchen, um gemeinsam, über alle ideologisch bestimmten Grenzen und Befindlichkeiten hinweg, gegen diese Zertrümmerung der österreichischen Bildungslandschaft aufzutreten und, wenn es sein muss, alle zur Verfügung stehenden gewerkschaftlichen Maßnahmen zu ergreifen. (eine BAKiP-Lehrerin)

Wenn ich den Satz "Lehrer gehen auf die Barrikaden" lese, dann frage ich mich: Wo sind die, die da raufgehen sollen und wo sind die Barrikaden? Das letzte Mal, wo LehrerInnen Widerstand gezeigt haben, war die Verhinderung der Erhöhung der Lehrverpflichtung um 2 Stunden.

Aber das hat sich ja jetzt erledigt, jetzt sind es eben mehr.

Für mich sind die LehrerInnen von Pflichterfüllung, Verantwortungsbewusstsein und romantischen Moralvorstellungen geplagte Schafe, die sich immer wieder ohne Widerstand zur Schlachtbank führen lassen. Die sollen sich einmal ein Beispiel nehmen an den Metallern, die es immer wieder schaffen, ihren Dienstgebern etwas abzurufen. LehrerInnen nehmen hingegen alle Abstriche hin.

Es hat sich vielleicht noch nicht herumgesprochen: "Ist der Ruf erst ruiniert, lebt sich's gänzlich ungeniert!" Der Ruf der LehrerInnen in der Bevölkerung ist miserabel und wurde seit Jahrzehnten systematisch ruiniert. Es wird Zeit für ein neues Selbstbewusstsein der LehrerInnen, ein Universitätsabschluss allein reicht nicht.

Was die Metaller schaffen, sollten auch wir schaffen.

Was die derzeitige Übergangsregierung (leider halten sich in Österreich Provisorien länger) vorhat, schlägt natürlich dem Fass den Boden aus. So wie das die Medien kommunizieren, ist die Einstellung der Klassenteilung in der 9. Schulstufe geplant. Das ist der Hammer. Ich habe jahrelang einige Stunden pro Woche in solchen Klassen unterrichtet, in denen mir besonders verhaltensoriginelle Exemplare dann erklärt haben, dass sie nur dieses Jahr noch absitzen wollen. Über deren Motivation, Disziplin und Mitarbeit braucht sich keiner mehr Illusionen zu machen. 80% der Unterrichtszeit gingen für Disziplinierung drauf, ich habe mich verschwendet und vor die Säue geworfen gefühlt. Nach einer Doppelstunde am Morgen war ich den ganzen Tag streichfähig, da ging's nur um's Überleben. Ich kann mir nicht vorstellen, dass die neuen LehrerInnen mit 24 Wochenstunden nicht nach 10-15 Jahren ausgebrannt sind, wenn sie ihren Job ernst nehmen.

Wenn man Schulen in arbeitsmarkt-

schwachen Zeiten als soziale Aufbewahrungsanstalten für Jugendliche, die in der Wirtschaft nicht unterkommen, deklariert, dann das ja in Ordnung. Nur muss man sich halt dann Qualität, von der alle PISA-Anbeter träumen, in die Haare schmieren und statt LehrerInnen SozialarbeiterInnen anheuern. Und wer weiterhin glaubt, dass mit der Neuen Mittelschule, einem Etikettenschwindel ersten Ranges, die Jugendlichen dann einen Qualitätssprung bzw. Leistungsschub erfahren, der wird ebenfalls enttäuscht werden. Ich erwarte von den LehrerInnen (alleamt hochqualifizierte, überlastete und unterbezahlte Spezialisten) mehr Widerstand gegen die Politiker mit garantierendem Ablaufdatum. Kollegiale Grüße und viel Erfolg beim Generalstreik! (ein HTL-Lehrer)

Mir fällt in diesen Tagen positiv auf, dass sich durch die aktuellen Sparandrohungen gegen die Bildung die Stimmung in der Bevölkerung wieder ganz deutlich von pro Regierung auf pro LehrerInnen wendet – wie auch zu lesen in den Postings nach dem Beitrag <http://derstandard.at/1395365003923/Sparen-bei-der-Bildung-Jawohl>.

Offenbar hat's die Regierung wie im Frühjahr 2009 zu weit getrieben. In diesem Kommentar deklariert sich im Nachsatz der AHS-Direktorensprecher Willi Zillner als ÖVPLer und in der Überschrift klingt's auch regierungsfreundlich "Sparen – Jawohl". Aber dazwischen Sätze wie: "Angesichts der gebetsmühlenartig vorgetragenen Bekenntnisse, man müsse in Bildung und Ausbildung investieren, und zwar gerade in wirtschaftlich schwierigen Zeiten, bleibt einem ungläubig der Mund offen stehen." Oder: "Eine Politik, die grundsätzlich die falschen Entscheidungen trifft, muss das konsequenterweise auch im Bereich Bildung tun." Und ganz drastisch: "Dass auch das lange angekündigte Unterstützungspersonal (Psychologen, Sozialarbeiter ...) de facto nicht kommen wird, rundet das Bild ab. Wenn schon in den Abgrund, dann mit Vollgas!" Und wenn schon schimpfen, dann gleich weiter: "Aber was kann man von einer politischen Elite erwarten, die zum Begräbnis von Nelson Mandela einen Ex-Bezirksrat aus Simmering schickt, die bei den Olympischen Spielen in Sotschi freudig lächelnd die österreichische Fahne in die Kamera hält, aber die Paralympics zwei Wochen später mutig boykottiert? Mut? Ehrlichkeit? Charakter? Visionen? Zukunftsperspektiven? Fehlannonce. Hauptsache, die Umfragewerte stimmen."

Naja, hoffentlich gehen dann bald nicht nur die Ex-Mölzer-FP-Werte, sondern auch die Regierungs-SP-VP-Werte runter – und nicht nur die Umfragewerte, sondern auch die Wahlergebnisse. Und

hoffentlich glauben die LehrerInnen bald auch nicht mehr, dass sie Zillners FCG oder ÖPU wählen können, ohne die ÖVP zu stärken. (ein HTL-Lehrer)

Unsere Frau Ministerin für (oder gegen?) Bildung, hat (nicht) überraschend kurz vor den Osterferien (da können die Lehrer und Schüler sich nicht formieren und es gibt einen Zeitgewinn seitens der Regierung) ein weiteres Sparpaket für den Bildungsbereich präsentiert, das unter anderem den Wegfall der Teiler in der 9. Schulstufe (also in den 1. Jahrgänge im berufbildenden Bereich), höhere Schülerzahlen bei den Teilern, teilweise Streichung des 2. Lehrers in der neuen Mittelschule etc. vorsieht. Abgesehen vom (gewünschten) Personalabbau bei den Lehrern und organisatorischen Problemen (25 Schüler im EDV-Saal mit 18 Plätzen !??), hätte das einen massiven Qualitätsverlust zur Folge. Alle Errungenschaften (neben den zahlreichen Einschnitten und Kürzungen) in der Ära 'Schmied' wie kleinere Klassen, mehr Zeit für den einzelnen Schüler usw. wären damit wieder hinfällig. Dass der Bildungsbereich für das Versagen der Regierung bei der Kontrolle undurchsichtiger Machenschaften von Banken (Hypo&Co) erhalten soll, darf nicht einfach ohne Widerstand hingenommen werden! Es verschlechtert die Bildungsqualität und damit die Zukunftsperspektiven für unsere Jugend. Es gilt unser wertvollstes und wertbeständigstes Gut – die Bildung – zu schützen!! Wollte schon selber eine online-Petition gegen die Sparmaßnahmen einrichten, da habe ich die der Schülerunion Salzburg gefunden. Ich glaube, dass es jetzt wichtig ist, ein Zeichen zu setzen (ob es hilft oder nicht) und im Interesse von uns allen, die Petition zu unterschreiben (ich habe bereits unterschrieben): http://members.aon.at/lehrerpetition/page_1_1.html (HLW-Lehr.)

[Anm. ÖLI: Es ist zwar verständlich, dass die schwarze Schülerunion nur die rote Bildungsministerin verantwortlich macht, weil eben Österreich eine Parteienrepublik ist, in der immer die anderen Schuld sind. Aber dass die ÖVP in der Regierung und speziell deren Finanzminister seit Jahren das Bildungs-sparen erzwingen, das neue LehrerInnendienstrecht durchgedrückt und nun diese Hypopolitik und diesen Sparkurs zu verantworten haben, sollte auch den Jungschwarzen nicht verborgen geblieben sein. Meine entsprechende Anmerkung auf der Petitionswebsite wurde übrigens bald entfernt. Gary]

Sparen wir die Schulen so lange ein, bis das Millionenparziel erreicht ist: Alle Schulen zusperrn. Wenn die Schule solche Politiker_innen hervorbringt, is' zu vergessen.

Also mein Vorschlag: Alle Lehrer_innen

nehmen sich so lange unbezahlten Urlaub, bis sich der Staat endlich wieder eine ordentliche Schule leisten kann. Die LehrerInnen könnten dann am freien Markt Freizeitbeschäftigung für die unbeaufsichtigten Kids anbieten. Zu solchen Politiker_innen, die von 12.00 Uhr bis Mittag denken, kann ich nur sagen: „Sans denn jetzt ganz verrückt worn?“ Oder: „Wer an der Bildung spart, bekommt nur noch dümmere Politiker und Politikerinnen“ (eine HLW-Lehrerin)

Informationsgespräch Voralberger Lehrer/innen Initiative VLI und Unabhängige Bildungsgewerkschaft UBG mit Ministerin Heinisch-Hosek am 11. 4. 2014

Bildungspolitik – Presseaussendung

Sparr Manfred (VLI-BMHS) fasst die Informationen der Ministerin zum Thema Budgeteinsparungen im Bildungsministerium zusammen: „ Finanzminister Spindelegger hat ein faules Osterei ins Budgetnest der Schulen gelegt. Die Regierung nimmt damit fahrlässig in Kauf, dass das Hypo-Desaster das österreichische Bildungssystem nachhaltig schädigt. Das können wir nicht akzeptieren!“

„Leider konnte die Ministerin nur lückenhaft Angaben über die Einzelsparmaßnahmen machen“, ergänzt Gerhard Pušnik (VLI-AHS). Fix ist nur, dass zwei Drittel von den Schulen getragen werden muss.

Die unabhängige Gewerkschafterin Ingrid Scharf kritisiert die Sparmaßnahmen: „Man hat immer noch nicht begriffen, dass die Folgen der Bankenmisere nicht unseren Kindern aufgebürdet werden dürfen. Die vorgesehenen Kürzungen und Einsparungen verschlechtern Lernbedingungen der SchülerInnen und Arbeitsbedingungen der Lehrpersonen“.

Laut Heinisch-Hosek werden die entsprechenden Verordnungen am Montag an die Schulen ergehen. Die von den Schulen bereits abgeschlossene Planung für das nächste Schuljahr müsse überarbeitet werden. Eine große zusätzliche Belastung für die Schulverwaltung. Aber Kopfzerbrechen machen Manfred Sparr vor allem die zu „erwartenden negativen Auswirkungen auf die Beschäftigungssituation für die Jung- u. Neulehrer/innen.“

Die Vertreter der VLI und UBG thematisierten auch die Bedeutung der Umsetzung der Oberstufe Neu mit Modularisierung, Lernbegleitung und Fachförderung für die Entwicklung der Höheren Schulen. Auch die Ministerin bekräftigte, dass ihr die erfolgreiche Einführung der Oberstufe Neu ein großes Anliegen ist.

Beim Thema neues Dienstrecht prallten die unterschiedlichen Vorstellungen aufeinander: Die Ministerin verteidigte ihr Werk und meinte, dass es vor allem APS-LehrerInnen wählen werden, VLI/UBG halten es für praxisuntauglich und völlig unattraktiv f. AHS/BMHS-LehrerInnen.

Ist LehrerInnen-Burnout systembedingt?

Nach Schätzungen ist jede dritte Lehrkraft gefährdet



von Wilfried Mayr, mayr@oeli-ug.at,
ÖLI-UG-Vorsitzender

Das Problem Burnout lässt sich auch in LehrerInnenkreisen nicht mehr länger unter den Teppich kehren: Die betreffenden Langzeitkrankenstände nehmen zu, somit wird es für den Dienstgeber auch ein finanzielles Problem. Für oberösterreichische Pflichtschul-LehrerInnen bot die landes- und berufsspezifische Krankenkasse LKUF bereits sechs Burnout-Kuren an, eine siebte ist in Vorbereitung. Die TeilnehmerInnen waren und sind in Langzeitkrankenstand. Da die Kursergebnisse sehr gut sind, profitieren nicht nur die TeilnehmerInnen davon, sondern finanziell auch der Landesschulrat, wiewohl die Kosten der Kuren von der Krankenversicherung getragen werden.

Burnout ist keine anerkannte Krankheit im wissenschaftlichen Sinn.

Ein Versuch einer Definition: "Ein **Burnout-Syndrom** bzw. **Ausgebranntsein** ist ein Zustand ausgesprochener emotionaler Erschöpfung mit reduzierter Leistungsfähigkeit. Es kann als Endzustand einer Entwicklungslinie bezeichnet werden, die mit idealistischer Begeisterung beginnt und über frustrierende Erlebnisse zu Desillusionierung und Apathie, psychosomatischen Erkrankungen und Depression oder Aggressivität und einer erhöhten Suchtgefährdung führt. Das Burnout-Syndrom ist wissenschaftlich nicht als Krankheit anerkannt, sondern gilt im ICD-10 (Diagnoseklassifikationssystem der Weltgesundheitsorganisation WHO) als ein Problem der Lebensbewältigung. Es handelt sich um eine körperliche, emotionale und geistige Erschöpfung aufgrund beruflicher oder anderweitiger Überlastung bei der Lebensbewältigung. Diese wird meist durch Stress ausgelöst, der wegen der verminderten Belastbarkeit nicht bewältigt werden kann."

Einerseits liegt das an den Anforderungen, die an heutige Lehrkräfte gestellt werden. Schon 1988 schrieb Prof. Dr. Müller-Limmroth in der "Zürcher Weltwoche": "**Der Lehrer hat die Aufgabe, eine Wandergruppe mit Spitzensportlern und Behinderten bei Nebel durch unwegsames Gelände in nordsüdlicher Richtung zu führen, und zwar so, dass alle bei bester Laune und möglichst gleichzeitig an drei verschiedenen Zielorten ankommen.**"

Andererseits wurde in den vergangenen zwei Jahrzehnten durch "schulautonome" Wochenstundenkürzungen bei vielen Fächern ohne Reduzierung des Lernstoffes das Arbeitspensum der einzelnen Lehrkraft durch zusätzliche Fächerübernahme zur Erreichung der Unterrichtsverpflichtung erhöht. In der APS führte das neue LehrerInnendienstrecht von 2001 zu weiterer Unterrichtsstundenerhöhung und zusätzlicher unentgeltlicher Supplerverpflichtung von zuerst 10, dann 20 Stunden pro Schuljahr. Die zunehmenden Verhaltensauffälligkeiten von SchülerInnen machen die LehrerInnenarbeit auch nicht gerade leichter. Die Umstellung der Hauptschulen zur Scheingesamtschule "Neue Mittelschule" bringt nicht nur etlichen Aufwand mit sich, sondern auch eine Reihe von (in der Regel verpflichtenden) zusätzlichen Fortbildungsveranstaltungen. **So waren bei den Burnoutkur-TeilnehmerInnen die KollegInnen aus der Sekundarstufe Eins (HS/NMS) um mehr als 50% stärker vertreten als Volksschul-LehrerInnen.** Wenn nach einem Wochenende, das ziemlich vollständig der Schularbeitenvorbereitung und Korrektur gewidmet werden musste, eine gewissenhafte Lehrerin angibt, "Ich vernachlässige derzeit meine Kinder, meinen Mann, meine Gesundheit, meine sozialen Kontakte. Der Haushalt wird nur mehr notdürftig geführt ...", dann ist sie ein klassisches Beispiel für Burnoutgefährdung.

Ist Burnoutgefährdung in Österreich systembedingt?

Vergleiche können sicher machen. Vor eineinhalb Jahren absolvierte ich eine Studienreise nach Finnland und konnte dabei vom Kindergarten bis zur Uni alle Schularten unter die Lupe nehmen, vor allem aber auch mit den finnischen KollegInnen sprechen. Deren Arbeit lief deutlich entspannter ab, die Burnoutra-

te ist ganz deutlich niedriger als bei uns. Als die zwei Hauptunterschiede sah ich:

(1) Die LehrerInnen in Finnland erfreuen sich einer hohen Wertschätzung seitens Arbeitgeber, Öffentlichkeit und Medien

(2) Für nichtunterrichtliche Problematiken steht ein Heer an unterstützendem Fachpersonal zur Verfügung (PsychologInnen, SozialarbeiterInnen etc.), die Probleme werden rasch angegangen und gelöst

Österreich gehört zu den Spitzenreitern im LehrerInnen-Bashing, zahlungsunwillige Regierungen und Medien spielen sich auf Kosten der LehrerInnen gegenseitig Vorteile zu. Österreichische LehrerInnen werden mit ihren von außen herein getragenen Problemen im Stich gelassen, sie müssen PsychologIn, SozialarbeiterIn, ErziehungsexpertIn, LebensberaterIn etc., kurz: Wunderwuzzi sein. Hätten wir Unterstützungspersonal wie im OECD-Schnitt, dann wären das für Österreich rund 14.000 Fachleute. Hätten wir finnischen Standard, wären es jenseits der 20.000. **Das** wäre Entlastung, man könnte sich auf das Bildungs"geschäft" konzentrieren und bräuchte weniger Angst vor der verlängerten Berufstätigkeit bis 65 haben!

Aus den angeführten Gründen halte ich die hohe Burnoutrate in Österreich für überwiegend systembedingt und ersuche untertänigst die Verantwortlichen von Rot und Schwarz, sich deswegen in Grund und Boden zu schämen, allerdings mit wenig Hoffnung auf diesbezügliches Entgegenkommen.

Kleiner Lichtblick: Noch heuer gibt es Personalvertretungswahlen. Je kräftiger die Ohrfeige für die verantwortlichen Parteien, desto größer die Hoffnung auf (späte) Einsicht und Änderung.

KollegInnen können mit nachfolgender Auflistung einen **Selbstcheck** zur Burnoutgefährdung durchführen (www.burn-out.at/pages/erkenn.htm):

Zwölf Phasen zum Burnout nach Gail North und Herbert Freudemberger. Die Reihenfolge muss jedoch nicht wie in der folgenden Auflistung verlaufen:

1. Drang, sich selbst und anderen Personen etwas beweisen zu wollen
2. extremes Leistungsstreben, um besonders hohe Erwartungen erfüllen zu können
3. Überarbeitung mit Vernachlässigung persönlicher Bedürfnisse und sozialer Kontakte

4. Überspielen oder Übergehen innerer Probleme und Konflikte
5. Zweifel am eigenen Wertesystem sowie an ehemals wichtigen Dingen wie Hobbys und Freunden
6. Verleugnung entstehender Probleme, Absinken der Toleranz und Gering-schätzung anderer Personen
7. Rückzug und dabei Meidung sozialer Kontakte bis auf ein Minimum

8. offensichtliche Verhaltensänderungen, fortschreitendes Gefühl der Wertlosigkeit, zunehmende Ängstlichkeit
9. Depersonalisierung durch Kontaktverlust zu sich selbst und zu anderen Personen; das Leben verläuft zunehmend funktional und mechanistisch
10. Innere Leere und verzweifelte Versuche, diese Gefühle durch Überreaktionen zu überspielen wie beispielsweise

durch Sexualität, Essgewohnheiten, Alkohol und andere Drogen

11. Depression mit Symptomen wie Gleichgültigkeit, Hoffnungslosigkeit, Erschöpfung und Perspektivlosigkeit

12. erste Gedanken an einen Suizid als Ausweg aus dieser Situation; akute Gefahr eines mentalen und physischen Zusammenbruchs.

It's not about the Finns, stupid!

Antwort auf einen Artikel der AHS-Pressereferentin



von **Monika Dlaska**, dlaska@oeli-ug.at, Mitglied d. AHS-GÖD-Landesleitung Tirol

In „Der finnische Gesamtschul-Schmäh“ reduziert die Pressereferentin der AHS Gewerkschaft (FCG) *Finnish Lessons – What Can the World Learn from Educational Change in Finland?*, das Buch des finnischen Bildungsexperten Pasi Sahlberg, auf sieben Gründe, warum eine gemeinsame Schule der 10- bis 14-Jährigen in Österreich nicht funktionieren kann. Den Kernaussagen eines Buches so wenig gerecht zu werden und den Stand nationaler und internationaler Bildungsforschung so vollkommen zu ignorieren, ist eine beachtliche Leistung, die auf jeden Fall gewürdigt werden soll.

Mit sieben teils absurden und teils österreichische Bildungsthemen vollkommen verfehlenden Begründungen versucht Verena Hofer (2013) in ihrem Beitrag den Status quo des österreichischen Bildungssystems zu verteidigen. Sie verwendet für ihre Argumentation keine empirisch gesicherten Daten, ignoriert Bildungsberichte, Studien und deren Schlussfolgerungen und verunglimpft jene, die sich damit auseinandersetzen. Sie geht vor allem von der nicht nachvollziehbaren Annahme aus, dass Reformen nur als Kopie des finnischen Schulwesens stattfinden können. Die Tatsache, dass erfolgreiche OECD-Länder mehrheitlich auf eine frühe Selektion verzichten und kein europäisches Land es für nötig befunden hat,

wieder ein gegliedertes Schulsystem einzuführen, scheint ihr fremd zu sein. Aber auch wenn Beiträge wie dieser einfach ignoriert werden sollten, darf ein so eklatantes Beispiel „dumpfer Ignoranz und gehässiger Lagermentalität“ (Gruber, 2013) nicht unwidersprochen bleiben.

BEGRÜNDUNG 1: „Gleiche Chancen für alle sind in Österreich was ganz anderes“, und wie „verlogen dieser vielzitierte Schlachtruf der Gesamtschul-Befürworter“ ist, zeigt für Frau Hofer „ein Blick in die Geschichte Finnlands“.

Die Forderung nach Chancengleichheit als verlogen abzutun ist mutig, besonders für eine Gewerkschafterin, das mit finnischer Geschichte zu begründen, absurd. Das Schulwesen in Österreich, so die weitere Argumentation, ist im ländlichen Raum sehr gut ausgebaut, Brennpunktschulen werden zwar als „strukturelles Problem“ gesehen, deren Existenz man schon nicht unter den Teppich kehren soll, haben aber nichts mit unserem Schulsystem zu tun.

Was Frau Hofer sehr wohl unter den Teppich kehrt, ist der Zusammenhang zwischen früher schulischer Auslese und der Bevorzugung von Kindern aus bildungsnahen Bevölkerungsgruppen und die in Österreich überdurchschnittlich hohe Abhängigkeit der Schulleistung vom Sozialstatus, die internationale Studien und auch nationale Befunde belegen. Folgender Umstand hätte zum Beispiel im NBB 2012 nachgelesen werden können: 70 % der angehenden AHS-Schüler/innen haben Eltern mit mindestens Matura. Und:

Die Eltern jener Schüler/innen, die die Hauptschule oder NMS/KMS anstreben, besitzen nur zu 30% bis 35% Matura oder tertiäre Bildung. Schüler/innen, deren Eltern maximal einen Lehrabschluss haben, sind in der AHS-Unterstufe deutlich unterreprä-

sentiert (31%), während diese mit 71% bzw. 66% die Hauptklientel der Hauptschulen/NMS/KMS darstellen. (Bruneforth & Lassnigg, 2012, S. 70)

Auch nur eine ansatzweise Einsicht in die Lösung des strukturellen Problems von Brennpunktschulen bleibt Frau Hofer schuldig.

BEGRÜNDUNG 2: Die finnische Bevölkerung ist homogener, der „soziale Background der Jugend Finnlands ist deutlich höher“ (sic!) und 4,7 Prozent der finnischen Bevölkerung hat Migrationshintergrund.

Na und? Was bringt uns diese Einsicht in Zusammenhang mit österreichischer Bildungspolitik? Unser Problem ist der Umstand, dass wir mit über einem Viertel der 15-Jährigen, die nicht lesen können, wie Bernd Schilcher (2014) im Standard schreibt, einen unrühmlichen vorderen Platz unter den Grundlagenschwachen der OECD-Staaten einnehmen. Nach Gründen in finnischer Geschichte zu suchen, warum wir nichts tun können, ist sinnlos. Interessanter wären da vielleicht noch andere von Sahlberg zitierte Zahlen gewesen, zum Beispiel dass trotz Zunahme an Diversität – in der finnischen Stadt Espoo gibt es Schulen mit bis zu 40% Schüler_innen mit Migrationshintergrund, in Helsinki mit fast 10% – gute Leistungen gleichmäßig über finnische Schulen verteilt sind (Sahlberg, Pos. 1755). Erwähnenswert findet Sahlberg auch die Tatsache, dass in Finnland Schüler_innen mit Migrationhintergrund bei PISA deutlich besser abschneiden als in anderen Ländern. Und: Das Leistungsniveau finnischer Schüler_innen ist stetig gestiegen, Unterschiede haben abgenommen, während die finnische Gesellschaft kulturell diverser und sozial komplexer geworden ist (ebd., Pos. 1778).

In **BEGRÜNDUNG 3** argumentiert Frau Hofer mit dem früheren finnischen selektiven System, das bis in die frühen 70er Jahre keinen Wechsel zwischen den Schulformen erlaubte, ein Umstand

übrigens, der in den *Finnish Lessons* von so untergeordneter Bedeutung ist, dass er, wenn er in einem zweiten Satz erwähnt wird, überlesen wurde. Unabhängig von der zweifelhaften Relevanz finnischer Vor-70er-Jahre-Realität ist das Argument der Durchlässigkeit des österreichischen Systems nicht richtig.

Die Wahl der Schulform von Neuneinhalbjährigen ist abhängig von deren sozioökonomischen Hintergrund und was in den vier Jahren nach dieser Entscheidung versäumt wird, wird von einer prinzipiellen Durchlässigkeit des Systems nicht wettgemacht. Warum sollen Kinder, deren Schulwahl von anderen Faktoren beeinflusst wird als deren Begabungen, erst in eine Schule gehen, die geringere Ansprüche an ihre Fähigkeiten und Erwartungen stellt? Dass sich außerdem nicht alle Begabungen bereits im Alter von neunehalb deutlich manifestieren, weiß die Lernforschung, dass sie quer über Lernbereiche sehr unterschiedlich ausgeprägt sein können, wissen wir ohne wissenschaftliche Untersuchung. Und im NBB 2012 könnte man zum Beispiel folgenden Befund als Hinweis nehmen, dass Durchlässigkeit nicht zu mehr Chancengleichheit führt:

Beim Übertritt in die Sekundarstufe II unterscheiden sich die Schüler_innen aus der AHS-Unterstufe deutlich von jenen aus der Hauptschule. Von den AHS-Schülerinnen und -Schülern wählen 95 % eine maturaführende Schule [...]. Von den Hauptschülerinnen und Hauptschülern wechseln nur 37 % in eine maturaführende Schule. (Bruneforth & Lassnigg, 2012, S. 64)

Dem besten Viertel der Schüler_innen der 3. Leistungsgruppe (in HS), das in Summe im PISA Test sehr ähnliche Leistungen erbringt wie das unterste Viertel der AHS-Schüler_innen, dürfte die Durchlässigkeit des Systems allein auch nicht viel nützen. (ebd.)

Zuweisungsentscheidungen in Hauptschulleistungsgruppen nach der Volksschule sind laut Vierlinger (2009) und den von ihm zitierten Untersuchungen immer zu rund einem Drittel falsch. Durchlässigkeiten sind da ebenso kein gerechtigkeitsstiftender Faktor.

BEGRÜNDUNG 4 ist peinlich, wobei schon die Wortwahl Rückschlüsse auf die Wissenschaftlichkeit der Ausführungen zulässt. Aus den „Schnäbeln österreichischer Gesamtschulapologeten“ vermisst Frau Hofer die Erkenntnis, dass nicht alle Kinder gleich sind und dasselbe benötigen. Es wird auch nicht in jeder

Geografiestunde erst einmal klargestellt, dass die Erde rund ist. Begabungsgerechte Formen der Individualisierung und unterrichtliche Differenzierung sind nicht nur seit Jahren Thema in der Literatur, sondern werden in Österreich und sonst in Europa seit ebenso vielen Jahren praktiziert. Besonders ansprechend sind zum Beispiel Rupert Vierlingers Ausführungen zu Theorie und Praxis individualisierenden Unterrichts. Und dass in Gesamtschulsystemen Schülerinnen von ihren Lehrerinnen häufig mehr an individueller Unterstützung erfahren als in differenzierten Systemen, gilt als statistisch signifikant (Bacher, 2007).

Wie ein Forschungsprojekt zu individualisierendem Unterricht in NRW und einigen anderen Ländern feststellte, hat „individualisierende Förderung zuallererst und zutiefst mit einer Idee, einem Menschenbild und pädagogischen Zielvorstellungen zu tun“ (Trautmann & Wischer, 2012, S. 108). Leider nicht mit solchen, wie sie von manchen Gewerkschafterinnen vertreten werden.

Wenn außerdem laut Begründung 4 strenges Aussieben an finnischen Unis und verspätete Bildungsabschlüsse das einzig Unfaire daran ist, dass möglichst viele finnische Eltern eine akademische Laufbahn für ihre Kinder wollen, sollte das Gewerkschaftsvertreter_innen weniger sorgen als einige unserer Probleme. Bernd Schilcher (2014) zitiert eine Schweizer Studie, nach der in Singapur und Finnland doppelt so viele Angehörige der untersten sozialen Schichten einen tertiären Abschluss haben wie in Österreich. Wir haben dagegen fünfmal so viele Risikoschüler_innen in den drei PISA-Testfächern und ein Drittel ihrer sehr guten Schüler.

Der ständig heraufbeschworene Niveauverlust, wenn Kinder länger gemeinsam lernen, „Downgrading“ bei Frau Hofer, wird durch internationale Vergleiche keinesfalls bestätigt. Untersuchungen zeigen auch, dass der Anteil an Spitzenschüler_innen sich in Ländern mit Gesamtschulsystemen nicht von solchen mit differenziertem System unterscheidet. Weiters sind Gesamtschulländer tendenziell besser im Vermeiden von Risikoschülerinnen (Bacher, S. 24).

Laut Sahlberg, dem Ausgangspunkt von Frau Hofers Abhandlungen, zeigen PISA-Daten, dass Bildungssysteme, die auf dem Ideal schulischer Chancengleichheit beruhen und Lehrer_innen in den Mittelpunkt von Veränderung stellen, einen positiven Einfluss auf Lernleistung haben (Pos. 1187). Und der

Sinn und Zweck einer gemeinsamen Schule ist, dass „das „Gymnasiale“, das heißt eine anspruchsvolle Lernkultur erhalten bleibt“, wie Karl-Heinz Gruber (2013b) schreibt, Latein inklusive. Dass das möglich ist, hätte man auch deutlich und überall aus den *Finnish Lessons* herauslesen können. An weniger sprachliche Barrieren, falls das der Grund für die selektive Lektüre ist, wäre Frau Hofer im NBB gestoßen. Der Befund, dass die schwächsten Leser_innen vom Ende der Volksschule bis zum Ende der Sekundarstufe I um mehr als ein Jahr des typischen Lernzuwachses weiter zurückfallen und dass auch die Gruppe der stärksten Leser_innen im internationalen Vergleich abfällt, veranlasst die Autor_innen zu folgender Überlegung:

Neben der Frage, ob das selektive Schulsystem Nachteile für schwache Schüler/innen mit sich bringt, muss auch hinterfragt werden, ob die talentiertesten Schüler/innen in diesem System ihre Leistungen voll entfalten können. (Bruneforth et al., 2012, S. 15)

Die **5. BEGRÜNDUNG**, warum Systeme wie das finnische bzw. die der meisten OECD Staaten, in denen Entscheidungen erst später getroffen werden, bei uns nicht funktionieren können, ist Finnlands Immunität „gegen marktgesteuerte bildungspolitische Veränderungen“ und die Feststellung, dass häufiges Testen Leistungen nicht verbessert. Der Zusammenhang entzieht sich vollkommen.

Ebenso bei **BEGRÜNDUNG 6**: in Finnland gibt es verschiedene Lehrertypen, strenge Auswahlverfahren bei der Bewerbung für die Ausbildung, motivierende Rahmenbedingungen und die gesamte Lehrerausbildung findet an der Uni statt. Einiges davon wird ständig und schon lange von unabhängigen Gewerkschafter_innen gefordert, was das aber mit einem vorprogrammierten Scheitern jeglicher Arbeit an den Schwächen unseres Bildungssystems zu tun hat, wird nicht klar.

Sahlberg sieht Finnlands Lehrer_innen – angefangen bei ihrer Ausbildung („research-based“) bis hin zu ihrem Ansehen – als einen der hauptverantwortlichen Faktoren für den finnischen Erfolg. Research-based bedeutet für ihn, unter anderem, eine forschungsorientierte, analytische, offene Haltung, die Unterrichtsentwicklung mit neuen Forschungsergebnissen in Einklang bringt. Finnische Schulen würden sich um einige FCG-Gewerkschafter_innen wohl eher nicht reißen.

BEGRÜNDUNG 7: In Finnland teilen sich Lehrer, Eltern, Kinder, Gesellschaft und Staat die Verantwortung, Schulen sind Ausbildungsstätten statt Betreuungsanstalten und Ganztagschulen eher unüblich, weil traditionelle Werte in Finnland hochgehalten werden.

Wenn dies die Voraussetzungen sind, dass Schulsysteme wie das finnische so gut funktionieren, wäre es sinnvoll, einfach gleichzeitig an diesen Dingen zu arbeiten, mit Ausnahme vielleicht des Hochhaltens solcher Werte – traditionell finnisch oder nicht –, die unvereinbar mit Ganztagschulen sind.

Bücher werden in der Regel nicht geschrieben, um der Welt zu zeigen wie man etwas nicht machen soll, und es lässt sich schwer sagen, was befremdlicher ist, die Argumentationslinie in „Der finnische Gesamtschul-Schmäh“ oder die Tatsache, dass in Frau Hofers Artikel nichts davon übrig bleibt, worum es in Sahlbergs *Finnish Lessons* in erster Linie geht: „an inspiring vision of what good public education should be“. Finnlands Schulsystem selbst bezieht Inspiration und Orientierung von supranationalen Organisationen, besonders der OECD und der EU, und hat zahlreiche pädagogische Ideen aus dem benachbarten und weiter entfernt liegenden Ausland übernommen (Pos. 529; 540).

Außerdem ziehen sich Sahlbergs Bekenntnis zu finnischer Chancengleichheit und sein offensichtlicher Stolz darauf wie ein roter Faden durch das gesamte Buch. Begriffe wie „egalitarian educational opportunities“, „commitment to a good [...] school for every child“ oder „equitable distribution of good teaching and learning“ finden sich überall.

Allerdings lässt keine einzige Stelle im Buch Frau Hofers Schluss zu, dass Finnland „aufgrund der soziokulturellen, wirtschaftlichen, historischen und geografischen Voraussetzungen keine andere Wahl als die Gesamtschule“ hatte. Der Grund die Gesamtschule, die Peruskoulu, einzuführen, war das Ideal, dass jedes finnische Kind, von frühester Kindheit bis zur höchstmöglichen akademischen Ausbildung, Zugang zu guter Ausbildung hat. Unterstützt wurde dieses von empirischen Forschungsergebnissen und einem Komitee, dessen Arbeit auf einer Analyse internationaler Bildungspolitik aufbaute und dessen strategisches Denken darauf ausgerichtet war, die Bildungschancengleichheit zu erhöhen (Pos. 690, 796). Die Gymnasiallehrgewerkschaft bekämpfte die-

ses Vorhaben heftig (Pos. 784) – so anders sind die Verhältnisse in Finnland gar nicht –, Widerstand gab es aber auch von den Universitäten, aus Wirtschaft und Politik. Unterstützt wurde die Peruskoulu interessanterweise von der Finnischen Primary School Teachers' Association und deren progressiven, zukunftsorientierten Programm (Pos. 830).

Frau Hofer verwehrt sich gegen die Einstellung, „jede Erneuerung sei geradezu per definitionem besser als bewährte Strukturen, und noch schlimmer, wichtiger als Qualität“, eine Qualität, die, wie vielfach bewiesen, einem Teil unserer Schüler_innen weniger nützlich ist hinsichtlich ihrer Lebensplanung als einem anderen.

Warum der Versuch, an den Schwächen eines Systems zu arbeiten, entgegen allen empirischen Befunden zu einer Verschlechterung führen sollte, wird an keiner Stelle wissenschaftlich begründet oder untermauert. Die Behauptung, dass es „deutlich effektiver ist, gezielt Lecks des bestehenden Systems zu verbessern und auszubauen“ (sic!), ebenso nicht.

Der Artikel lässt äußerst bedenkliche Rückschlüsse auf bildungspolitisches Denken in Teilen der FCG zu, vor allem macht er jegliche Hoffnung zunichte, dass von diesen jemals sinnvolle Impulse für eine sachliche und offene Bildungsdiskussion ausgehen können.

Bacher, J. (2007) Effekte von Gesamtschulsystemen auf Testleistungen und Chancengleichheit. *WISO*, 30 (2). S. 15-34.

Bruneforth, M., Herzog-Punzenberger, B. und Lassnigg, L. (Hrsg.) (2012) *Nationaler Bildungsbericht Österreich: Indikatoren und Themen im Überblick*. Graz: Leykam.

Bruneforth, M. und Lassnigg, L. (Hrsg.) (2012) *Nationaler Bildungsbericht Österreich 2012. Band 1: Das Schulsystem im Spiegel von Daten und Indikatoren*. Graz: Leykam.

Gruber, K. H. (2013 a) Schule und Volk: Also wenn Sie mich fragen . . . *Der Standard*, 19.3.

Gruber, K. H. (2013 b) Die Bildung könnte der Wahlsieger sein. *Der Standard*, 4. Oktober.

Hofer, V. Der finnische Gesamtschul-Schmäh. Warum finnische Äpfel nicht auf österreichischen Birnbäumen wachsen. *Gymnasium* 62 (6), S. 13-15.

Sahlberg, P. (2013) *Finnish Lessons – What Can the World Learn from Educational Change in Finland?* New York, London: Teachers College Press.

Schilcher, B. (2014) Wird uns die Resilienz retten? *Der Standard*, 4. Jänner.

Trautmann, M. und Wischer, B. (2011) *Heterogenität in der Schule. Eine kritische Einführung*. Wiesbaden: Springer VS.

Vierlinger, R. (2009) *Steckbrief Gesamtschule*. Wien [u.a.]: Böhlau.

Zum finnischen Verständnis von Bildung und Schule¹ und zum LehrerInnenbild in Finnland und Österreich

Die einzelne Lehrerin, der einzelne Lehrer ist nicht so wichtig,

weil **Schule ein System von Zusammenarbeit** ist, in dem gut ausgebildete LehrerInnen, SchulleiterIn, SonderpädagogIn, Gesundheitsschwester, PsychologIn, Sozialarbeiter und ab der Mittelstufe OPO=Schulbahn-Lernbegleiter institutionalisiert zusammenarbeiten – für die SchülerInnen und (ab Sekundarstufe 2) StudentInnen. Diese „Student's Welfare group“ (und das finnische Bildungssystem) arbeiten lösungsorientiert, das Kind, die Schülerin oder der Schuler steht im Mittelpunkt.

Es werden keine „Schuldigen“² gesucht, sondern Lösungen: we want to solve the problem

Arbeitsweise: (1) we discuss the problem from various aspects, multiprofessional – (2) we make a decision – (3) we organize and do – (4) we evaluate the results of the process – und im Bedarfsfall noch einmal (1) ...

Die LehrerInnen nehmen sich selber nicht so wichtig, sondern ihre Arbeit

– und das entlastet. LehrerInnen verstehen sich nicht als für alles verantwortlich gemachte EinzelkämpferInnen und werden auch nicht für alle auftretenden Probleme alleinverantwortlich gemacht. Nicht beste oder beliebteste LehrerInnen, sondern **kompetente TeamarbeiterInnen** sind gefragt, die mit anderen LehrerInnen und SonderpädagogInnen, mit Schulleitung, Schulgesundheitspflegerin, SozialarbeiterIn und SchulpsychologIn zusammenarbeiten. **Selbstüberforderung bis zum Burnout sind in Finnland weitgehend unbekannt**, denn es geht um eine möglichst **gute Bildung für alle Kinder und Jugendlichen**.

Kein Kind darf zurückgelassen werden.

Kein Kind darf beschämt werden. Alle Kinder sind gleich viel wert.

¹ von Reinhart Sellner notiert, nach Fortbildungswochen in Jyväskylä 2011, 2012, 2014 und Besuchen in finnischen Kindergärten, Gemeinschaftsschulen (Klassenunterricht 1.-6- Klasse, Fachunterricht 7.-9. Schulstufe), in gymnasialen und berufsbildenden Schulen der Oberstufe

² Die finnische Schulaufsicht wurde 1995 auf Empfehlung der Schulaufsicht abgeschafft, weil Kontrolle von oben bei den Kontrollierten vor allem Angst macht und Schönfärberei bewirkt, während Selbstevaluation Problemlösungen erleichtert.

Etikettenschwindel mit Landes-/SSR-NMS beenden!

Sozial-integrative und individuell fördernde gemeinsame Schule vorbereiten!

1. Etikettenschwindel Länder- und SSR-NMS beenden

Nachdem Bildungsministerin Schmied mit sozialdemokratischen Gesamtschul-Ambitionen am ideologischen Widerstand der ÖVP-Gymnasiasten und dem standespolitisch angerührten Beton der AHS-GÖD gescheitert war, wurde aus einer NMS für alle 10-14-Jährigen eine personell etwas besser ausgestattete neue Hauptschule der Länder. Die Landeshauptleute nahmen nur zu gerne zusätzliche LandeslehrerInnenpersonal gerne für individuell fördernden Unterricht in ihren, vom Bund finanzierten, aber kaum prüfbar Landesschulbereich auf.

Im Zug der restriktiven Budgetpolitik hält die neue Regel-Hauptschule NMS nicht, was den LehrerInnen und erst recht nicht, was den Eltern versprochen wurde. Verglichen mit der Einführungsphase gibt es nicht die vorgesehenen zusätzliche Dienstposten, der der Einsatz von AHS-Kolleginnen (Bund) an NMS (Land) scheitert auch am bereits bestehenden AHS-LehrerInnenmangel, und das den Eltern versprochene AHS-Niveau der NMS-Hauptschulen wird sich angesichts der Fortschreibung der sozialen Ungleichheit von Hauptschul- und AHS-Unterstufen-Population auch bei kommenden Standard- und PISA-Testungen nicht einstellen. Die soziale Selektion der 9-jährigen Kinder wird weder durch halbherzige Heterogenisierung der HS-Leistungsgruppen noch durch ein neues Türschild aufgehoben.

Die PISA-Ergebnisse der NMS werden von den AHS-GewerkschafterInnen der ÖVP als Argument gegen Gesamtschulreform und für den Vorrang der Langform des Gymnasiums hergenommen, ganz als ob die Lern- und Arbeitsbedingungen an den AHS-Unterstufen zufriedenstellend wären und das Elend und die gesellschaftlichen Folgen des selektiven Schulsystems geleugnet oder ignoriert werden könnten.

NMS-Eltern, vor allem im ländlichen Bereich, sind enttäuscht, weil die NMS ungewohnt, auch verunsichernd, aber am Ende nichts anderes ist, als die alte Hauptschule, nur ohne 1. Leistungsgruppe. Diese Verunsicherung wird noch dadurch verstärkt, dass die NMS ab der 7. Schulstufe eine differenzierte Benotung vorschreibt, die SchülerInnen

bekommen der AHS-Unterstufe bzw. der alten 1. Leistungsgruppe entsprechende Noten für "vertiefte" Bildung, oder sie sind nur "grundlegend" gebildet. Statt eines "vertieften Fünfers" gibt es weitere Schattierungen: "grundlegender Dreier, Vierer, im schlechtesten Fall dann Fünfer" (im 4.0-System wäre das dann 0.0). Wenn die Noten in den Schularbeitsfächern nur "grundlegend" ausfallen, verhindert das die Aufnahme an einer AHS-Oberstufe bzw. einer BMHS. Privathauptschulbetreiber rechnen bereits auf ein gutes Geschäft mit NMS-Eltern, die ihren Kindern bessere Bildungsmöglichkeiten kaufen wollen. Während an den „Gyms“ zusätzliche freie Plätze fehlen, geht die Abwanderung von den Hauptschulen in Ballungsräumen trotz der NMS-Umwandlung weiter.

NMS-Lehrerinnen sind mit Hochglanzbroschüren allein gelassen worden, die Umstellung von der Leistungsgruppen-Hauptschule auf die NMS kommt von oben, mit großen pädagogischen Herausforderungen, ohne erwartete Unterstützungsmaßnahmen, mit weniger zusätzlichen Stunden als versprochen. Und ohne Verschränkung und Kooperation mit den AHS der Region, die weiter den Kindern der „besseren“ Eltern vorbehalten bleibt.

ÖLI-UG ist gegen den Etikettenschwindel NMS, der – von wenigen Ausnahmen abgesehen – von der Krise im Bildungsbereich ablenken soll und von den Landeshauptleuten und der Bundesregierung als Ersatz für grundlegende sozial-integrative und demokratische Bildungsreformen genommen wird, die bis dato an ÖVP- und StandespolitikerInnen in den LehrerInnen-gewerkschaften ebenso gescheitert sind wie an der fehlenden Bereitschaft der SPÖ für diese Reformen und ihre ausreichende Finanzierung politisch zu kämpfen.

Aber weil es so ist, bleibt es nicht so. Wir ÖLI-UG werden weiter für eine lebenswerte Zukunft der Schulen, der SchülerInnen und LehrerInnen arbeiten – und für bessere Arbeitsbedingungen, Arbeitszeiten und Einkommen aller PädagogInnen. Je gestärkter wir nach den Personalvertretungswahlen im November 2014 in Personalvertretung und Gewerkschaft sein werden, desto besser.

2. Sozial-integrative und individuell fördernde gemeinsame Schule legislativ vorbereiten

ÖLI-UG für eine sozial-integrative und individuell fördernde gemeinsame Schule

ÖLI-UG für ein gemeinsames demokratisches LehrerInnendienstrecht aller PädagogInnen:

- ohne Arbeitszeiterhöhung,
- ohne All-inclusive-Bestimmungen
- und ohne Lohndumping,
- mit vollakademischer Ausbildung und Bezahlung für alle LehrerInnen,
- mit autonom-eigenverantwortlichen Schulen und österreichweit einheitlicher Bundeskompetenz für Schulen, ihr Personal und ihre ausreichende Finanzierung

3. Vermögensbezogene Steuern zur Finanzierung von Bildung, Forschung und öffentlichen Diensten

Wir wissen: Bildung kostet. Mit ÖGB und AK treten ÖLI-UG und alle Unabhängigen GewerkschafterInnen in der GÖD für eine demokratische, sozial umverteilende Steuerreform ein – in der GÖD arbeiten wir dafür, dass sie ihre Bindung an die ÖVP-Steuerpolitik aufgibt und für die Sicherung und den Ausbau der öffentlichen Dienste und für die ArbeitnehmerInneninteressen der Kolleginnen im öffentlichen Dienst und den Ausgliederten Betrieben eintritt. Sparpakete auf Kosten der KollegInnen und der SchülerInnen haben wir schon genug gehabt, an allen Schultypen und Standorten. Es ist höchste Zeit für eine offensive Bildungsbudgetpolitik aller LehrerInnen-gewerkschaften. Glück auf!

Reinhart Sellner, 09.04.2014 (also vor den angekündigten NMS-Kürzungen)

Einige Links zur aktuellen NMS-Diskussion

<http://steiermark.orf.at/news/stories/2640258/> (Neue Mittelschule: Top oder Flop?)

<http://oe1.orf.at/artikel/371782> ("Wiener Mittelschule": Bundes-ÖVP nicht erfreut)

<http://www.bmukk.gv.at/ministerium/vp/2013/20131204.xml> (NMS-Standorte ab 2014/15)

Dies ist KEIN KOMMENTAR zum VERHANDLUNGSERFOLG der GÖD in ÖSTERREICH!

www.faz.net/aktuell/wirtschaft/wirtschaftspolitik/tarifstreit-beigelegt-deutlich-mehr-geld-fuer-beschaefigte-im-oeffentlichen-dienst-12875003.html. Arbeitgeber und Gewerkschaften haben sich geeinigt: Die Angestellten von Bund und Kommunen bekommen rückwirkend zum 1. März **drei Prozent mehr Geld**. Im kommenden Jahr sollen die Gehälter **nochmals um 2,4 Prozent steigen**. Damit liege das Ergebnis „in der Spitzengruppe der diesjährigen Abschlüsse“, sagte der Vorsitzende der Gewerkschaft Verdi, Frank Bsirske. Der **nach einer Serie von Streiks** erzielte Tarifabschluss soll für eine Laufzeit von zwei Jahren gelten. [In Österreich: 1,4% plus 14,5 € am 1.3.14, Inflationsrate +0,1% am 1.3.15. Für 2014 ist das der niedrigste Abschluss.]

Dieser Kreidekreis besteht zwar fast nur aus Text, aber dafür ist unsere neue Website sehr abwechslungsreich und bunt. Ein Besuch auf www.oeli-ug.at lohnt sich immer wieder.

Bitte um eure Kommentare, Anregungen, Korrekturen, ...

Wege in der Begabungsförderung – www.oezbf.at – ein interaktives Plakat. LehrerInnen, die Anregungen für einen **begabungsfördernden Unterricht** suchen, finden entsprechende Informationen auf www.oezbf.at > Plakat > interaktives Schulplakat, mit Methoden sowie Materialien zur praktischen Umsetzung der Begabungs- und Exzellenzförderung im Unterricht.

Foto: BKA/HBF/AndyWenzel



BM Gabriele Heinisch-Hosek im Ö1-Morgen-Journal (orf.at/stories/2225821/2225796), 11.4.: "Wir drehen nur ein bisschen an Teilungszahlen, ... bei Überstunden ein bisschen schrauben, ... in Werkstätten und Labors 10 statt 8 SchülerInnen, ... in der 9. Schulstufe wieder größere Klassen, ... weniger Teamteaching, ... weniger Unterstützungspersonal als es die Gewerkschaft erwartet, ... neue Wege beschreiten, ... neue Verbündete suchen."

Foto: ÖLLUG



Schattensministerin Ehrentraud Redlich: "LehrerInnen sind keine Maschinen, an denen man drehen und schrauben kann. 10 SchülerInnen in Werkstätten, die für die (gültige!) Teilungsziffer 6 gebaut wurden, ist unmenschlich und gefährlich. Bis zu 36 Vierzehnjährige in Mathematik/Deutsch/Mechanik/... setzen treibt LehrerInnen ins Burnout, verhindert Individualisierung und macht Nachhilfeeinstitute zu Verbündeten der BM."

oeliug.jimdo.com/recht-interessant/dienstrecht

ÖLI-Skriptum-Download: Dienst-/ Schul-/Besoldungs-/PV-Recht. Jetzt mit neuen Gehaltstabellen und PV-Wahlkalender und -Informationen.

ÖLI-Konto (Mitgliedsbeitr. ≥ 45 €, Abo 7 € / Jahr) AT52 6000 0000 7842 0320

Du würdest den Kreidekreis auch deinen KollegInnen ins Postfach legen? Bitte mail an a@oeli-ug.at: Name, Schule, Anzahl

Du würdest gern eine Infoveranstaltung zum (neuen) Dienstrecht (oder PV-/Pensions-/...Recht) organisieren? Wir haben ReferentInnen!

Anfragen/Infos, Kreidekreisabo (bitte Name+Adr.+Schule angeben): a@oeli-ug.at

Bildungsreisen mit Pragkontakt

Prag begegnen – zum Beispiel mit Stadtführungen, die speziell auf das Thema der österreichisch-tschechischen Beziehungen zugeschnitten sind. Seit 2007 ermöglicht das Projekt Pragkontakt der gemeinnützigen Brücke/Most-Stiftung deutschsprachigen Gruppen, Tschech(i)en kennenzulernen. Mehr Informationen erhalten Sie unter www.pragkontakt.eu



Di. 14-18 Uhr, Mi. u. Fr. 10-14 Uhr
Südtirolerstraße 28, 4020 Linz
Tel.: 0732 79 56 64
Mail: ooe@suedwind.at
www.suedwind-agentur.at/ooe



Wir bieten für LehrerInnen:

- Verleih von Büchern, Unterrichtsmaterialien, Zeitschriften, Filmen und Spielen
- Beratung zu Globalem Lernen
- PH-Seminare u. Fortbildungen
- Workshops für Kinder und Jugendliche
- Verleih von Ausstellungen u.v.m.

